Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos“: München, Plinganserstraße Nr. 64.

I N H A L T :

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck - Konto: München 3987

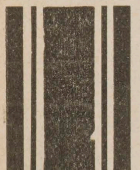
Nr. 12 **München, 20. März 1931** **18. Jahrgang**

Wilhelm Thiele, Herrenschneiderei
Theatinerstr. 3/III **München** Telefon 90827
Sackanzüge von M. 140.— bis M. 180.—
Façon mit Zutaten M. 80.—

I. MÜNCHENER PLISSE-BRENNEREI
FRANZ GRUBER, MÜNCHEN
Hohlsaum, Knöpfe, Endeln
Kanten, Kostümstickereien
Burgstraße 16/3 Knopflöcher Telephon 22975

Jafforange fst. Palästina - Orangeade, das köstliche Erfrischungsgetränk aus Jaffa-Orangen hergestellt. 1/1-Fl. M. 2.60.
כשר של פסח Alleinverkauf für München.
Tel. 26842 / Zustellung für München frei Haus: **Louis Müller**
Rumfordstr. 42 ● Bezugsquelle f. a. rituellen Waren.

Oskar Böhm / München



Glasermeister
Thierschstraße 39 / Telephon: 26103
Einglasen von Schaufenstern / Neubauten / Ein- und Umglasen von Glasdächern bei langj. Garantie / Ausführung sämtl. Reparaturen in allen Stadtteilen ohne Preisaufschlag. Offerte kostenlos.

Hahn's Stadtküche
Delikatessen Weine
Theatinerstr. 48 Tel. 24421

Büchlersches Knabenheim Weilheim i. Oberbay.,
zwischen Garmisch-Partenkirchen und München, Landschulheim. Sechsklassiges Realgymnasium und Realschule. Kleines Familieninternat. Vorzügliche Verpfleaung. Sorgfältige Erziehung. Unbedingte Förderung schwacher Schüler. Umschulung! Vorbereitung auf alle Schulprüfungen! Verbandsprüfung! Durchaefallene verlieren kein Jahr! Eigene große Sportplatzanlagen! Prospekte mit besten Referenzen und Auskunft durch die Direktion.

Hotel und Café „DER REICHSADLER“
Prachtvolles Palmengarten- und Bar-Restaurant
Täglich nachmittags und abends
Konzerte von nur ersten Künstler- u. Attraktions Kapellen
Besitzer: J. Maier.

SELMA EMRICH
SCHÜLERPENSIONAT
WÜRZBURG / TRAUBENGASSE 3
Gewissenhafte Überwachung / Beste Verpflegung

Für ältere Damen und Herren ideales Heim
in moderner Villa. Schönste, ruhige Lage, beste rituelle Verpflegung.
Näheres **Frau Hieber, Konstanz a. B.**, Hebelstraße 6

Kaufingerstr. 9 **PASSAGE SCHÜSSEL** MÜNCHEN
Küchen- und Wirtschafts-Einrichtungen
Luxus- und Gebrauchs-Porzellan, Kristallglas / Kunstgewerbe / Lederwaren

1931 Wochenkalender 5691

	März	Nissan	Bemerkungen
Sonntag	22	4	
Montag	23	5	
Dienstag	24	6	
Mittwoch	25	7	
Donnerst.	26	8	
Freitag	27	9	
Samstag	28	10	צו שבת הגדול הפטרה כה אמר ד׳צבאות וערבה (Jer. 7, 21—34. 8, 1—3. 9, 22—23)

ZIONISTISCHE MITARBEITER
in allen Städten für eine bestimmte
SPEZIAL-AKTION
großer Firma (leichter Nebenverdienst) sofort
GESUCHT!
Zuschriften unt. Nr. 4931 an die Anzeigen-Abteilung des „Jüdischen Echo"

SCHAJA führend in **Photo-Kino-Projektion**
München, Ecke Maximilian-Kanalstr.
Zweiggeschäfte: Ecke Bayer-Goethestr. (Haus der Landwirte) Ecke Amalien-Schellingstraße

2 schöne grosse Zimmer,
wenig möbliert, Zentralheizung, Telefon, Alleinküche, Gasbad, nächst Kurfürsten- und Elisabethplatz, ab Anfang April bis Anfang September preiswert
zu vermieten.
Offerten unter Nr. 4944 an die Anz.-Abteilung dieses Blattes.

Bilanz-Buchhalter
mit reichen Erfahrungen empfiehlt sich zur sorgfältigen Ausführung aller Aufträge wie:
Buchführung im Abonnement, Neuanlage, Ordnen, Revision, Aufarbeiten von Rückständen usw.
Angebote unter **1434** an die Anzeigen-Abteilnng dieses Blattes, oder Telefon **74864**

DAMPFWÄSCHEREI VIER JAHRESZEITEN
Marstallstraße 4 Telephon 23072
Feinbügelei / Gardinenbügelei / Pfundwäsche
Sorgfältigste Behandlung / Prompte Zustellung

Bavariaviertel
Behaglich möbliertes Zimmer in gepflegtem Haushalt, ruhig und sonnig gelegen, an **Dauermieter zu vergeben.** Bad und Telephon vorhanden. Günstige Straßenbahnverbindung. Daselbst ist auch ein
großes leeres Zimmer zu vermieten.
Angebote unter **1433** an die Anzeigen-Abteilung dieses Blattes, oder telefonisch unter Nr. **74864**



Neuhauser Straße 44 • am Karlstor

Bekleidung / Mode / Sport
Wohnungsausstattung

Erste Wiener Wäscherei Laar
Leonrodstraße 69 / Jahnstraße 4
Tel. 61674 Tel. 28180 (Wohnung)
Senefelderstraße 10 / Hirtenstraße 22

Gute Kunden
werben Sie durch ein Inserat im „Jüdischen Echo!"

Treibt **Turnen** und **Sport** im **„Bar-Kochba"**

Auskunft: **D. Masur**, Schillerstr. 20

GASTSTÄTTEN
Bayerische Reitschule
Zitter-Hauser.
Säle für Festlichkeiten.
München, Königinstraße 34
Telefon 360204

כשר **JOSEF BAUM** כשר
Beuthen OS., Gr. Blottn. 28
Fleischerei und Wurstfabrik. Unter strenger Aufsicht des Rabbinats.
Prima Schlesische Wurstwaren.
Prima Dauerwaren. / Postversand.
Viele Anerkennungen. / Wiederverkäufer hohe Rabattsätze.

Das Jüdische Echo

Nummer 12 | 20. März 1931 | 18. Jahrgang

Salon-Antisemiten

Aus Lettland kommt die Nachricht, daß sich dort eine antisemitische Hakenkreuzler-Partei zusammengeschlossen hat und daß sie ein Programm veröffentlichte, welches wörtlich das nationalsozialistische Programm von Adolf Hitler übernimmt. In Rumänien hat der dort seit jeher randalierende Judenhaß neue Formen angenommen und seine seit Jahrzehnten geübte judenhetzerische Tätigkeit mit einem Programm gekrönt, das gleichfalls Hitlers Formulierungen akzeptiert. In Ungarn ist der Antisemitismus schon seit Jahren eine Filiale des deutschen Nationalsozialismus. In Nordamerika flattern in Versammlungen, an denen hauptsächlich Deutsch-Amerikaner teilnehmen, wie in Chicago und anderwärts, Hakenkreuzfahnen über dem Podium der Referenten. Der österreichische Antisemitismus neuerer Prägung bezieht seine politischen und „geistigen" Wahrheiten aus dem Parteibüro der deutschen Nationalsozialisten. Ja sogar im Orient und in Nordafrika übernehmen dortige Judenhasser, wenn auch nicht das Symbol des Hakenkreuzes, so doch die Theorien und Formulierungen der deutschen Rassenantisemiten. In Paris erlebte man in den letzten Wochen Demonstrationen, die an die Zeiten des Dreyfus-Prozesses erinnerten und denen sich die Pariser Polizeiverwaltung in der Weise gefügig zeigte, daß sie die weitere Aufführung des Dreyfus-Stückes verbot. An allen Hochschulen in Deutschland, Österreich, Rumänien, Polen und anderer Länder wächst unter der Blüte der einzelnen Völker und akademischen Jugend die Numerus-Clausus-Bewegung. Man kann also, ohne sich der Übertreibung schuldig zu machen, die Feststellung aussprechen, daß der Antisemitismus bereits international organisierte Formen angenommen hat, und man wird sich nicht wundern können, wenn wir in der nächsten Zeit vielleicht in Genf einen internationalen Antisemiten-Kongreß erleben werden, der, unter der Patronanz Adolf Hitlers stehend, französische Nationalisten, rumänische Deputierte, deutsche Akademiker, ungarische Offiziere, polnische Nationaldemokraten, Berber aus Nordafrika, Araber aus dem Vorderen Orient, Deutsch-Amerikaner aus Chicago und noch viele andere Vertreter aus aller Welt vereinigen wird.

Dieser in aller Welt aufflammende moderne Judenhaß in neuartigen Formen bringt den Gedanken nahe, daß es sich überall um Ursachen ähnlicher Art handeln muß. Es geht in der ganzen Welt eine Bewegung nach neuer Bindung und nach Schaffung von Gemeinschaftsleben, ähnlich wie es im Mittelalter viele Jahrhunderte hindurch Norm gewesen ist. Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zum Ende des 19. Jahrhunderts rebellierte der europäische Mensch, das Vorbild der Weltzivilisation, gegen die starren Bindungen des Mittelalters. Die freie Individualität wurde in heftigen Kämpfen entwickelt und fand ihre Krönung einerseits in der Individualwirtschaft, anderseits im demokratischen Staat. Diese weit getriebene Bewegung hat das Glück der Menschheit nicht zu schaffen vermocht. Es tritt nun eine Reaktion ein, und kennzeichnend für den Charakter dieser Gegenströmung ist, daß sowohl Sozialismus, wie auch der moderne soziale Nationalismus und der Faschismus gegen die Übertreibungen der Individualfreiheit Sturm laufen. Die neuen Gemeinschaften vertragen nicht von geringen Gruppen vertretene Differenzierungen. Sie drängen zur Uniformierung in Wirtschafts- und Geisteshaltung und verlangen Verzicht auf Eigenart. Da nun die Juden in der ganzen Welt unterscheidbar sind, so können sie, ähnlich wie im Mittelalter, nicht mehr ungestört in den neuen Bindungen und Gemeinschaften ihr Unterkommen finden. Sie werden hinausgedrängt und zu einem Zusammenschluß gezwungen. Die Emanzipation der Juden, die in den letzten anderthalb Jahren erfolgte, war nur in dem Zeitalter der Individualfreiheit möglich, und sie wurde ja auch nur den Juden als Einzelpersonen und nicht den Juden als Gemeinschaft gewährt. Wir erleben jetzt eine rückläufige Bewegung gegenüber der Ungebundenheit des Individuums und damit einen verstärkten Ausstoßungsprozeß gegenüber allen Splittern, die die Homogenität der sich bildenden Gemeinschaften bedrohen. Zu dieser Grundtatsache der modernen Entwicklung kommen noch viele andere Momente hinzu. Die allgemeine Unzufriedenheit mit den zivilisatorischen und technischen Zügellosigkeiten, die schwere Wirtschaftskrise, die durch die ganze Welt braust, die Verdrängung der abendländischen Führung durch die erwachenden Völker Asiens und Afrikas, die Nachwirkungen des sinnlosesten aller Kriege, des Weltkrieges 1914/1918, und das tiefe Mißtrauen der Welt gegen die Heimatlosigkeit der „magischen" jüdischen Nation.

Überdies ist noch der atavistische, ererbte, antijüdische Affekt vorhanden, der allen Völkern innewohnt, die während des Mittelalters gewöhnt waren, die Juden als eine Gruppe minderer Art zu behandeln, auf die sie voller Verachtung zur Erhöhung des eigenen Geltungsbedürfnisses herunterblicken konnten. Die gesetzliche Gleichberechtigung, die die Juden in den letzten anderthalb Jahrhunderten erlangt haben, ist von der Volksstimmung und der Gefühlswelt der Nichtjuden niemals ratifiziert worden. Wenn es in der vergangenen Zeit und heute umfassendere Schichten von Nichtjuden gab und gibt, die bereit waren oder sind, den Juden wirkliche Gleichstellung zu konzedieren, so taten und tun sie das nicht aus einem primären Empfinden heraus, sondern auf Grund von Überlegung und logischen Deduktionen. Die moderne Seelenlehre hat aber das Geheimnis entschleiert, daß Ideologien und Überlegungen von sekundärer Bedeutung für das Handeln der Menschen sind, während primäre Empfindungen die Grundlage für das Verhalten der Menschen darstellen.

Hält man sich das vor Augen, so kann man erst zu einer Wertung derjenigen Stimmen gelangen, die in der letzten Zeit, besonders in Deutschland,

den Antisemitismus, oder eine Art von Edelantisemitismus, vertreten. Es handelt sich hierbei um Kreise, die persönlich hoch gebildet und kultiviert das Bestreben haben, sich von allem zu distanzieren, was auf Straßen und Plätzen gang und gäbe ist. Diese Kreise sind überhaupt in keiner Hinsicht Partei. Sie sind stets und bei allen Völkern Kommentatoren des Geschehens. Es sind Menschen, die sich einbilden, am anderen Ufer zu stehen und den Ablauf der Dinge überlegen und unbewegt vor ihren Augen vorüberziehen zu lassen. In Momenten allgemeiner Erregung und übermächtigen Druckes der Straße aber können sich auch diese Menschen den von ihnen gemiedenen Bewegungen nicht entziehen und alsdann schwimmen sie etwa nicht nur mit, sondern sie pflegen gewöhnlich an die Spitze der Strömung zu gelangen.

Wir weisen auf diesen Sachverhalt hin, weil in jüdischen Kreisen leicht die Neigung allgemein werden könnte, in der praktischen Politik und in der Bewertung des Alltags einen Unterschied zwischen anständigen und unanständigen Antisemiten zu machen. Solange die Zeiten in Deutschland doch einigermaßen ruhig sind und der Judenhaß noch nicht die Macht im Staate erlangt hat, so lange werden die Edelantisemiten in ihren Redaktionsstuben und Studierzimmern feingedrechselte, kultivierte Worte über die Juden gebrauchen und sich hüten, den Radauton des Straßenmobs nachzuahmen. Wenn aber auf trockenem Wege ohne Blutvergießen die Grundsätze des Nationalsozialismus in Kunst und Literatur, auf Hochschulen und in Laboratorien, in Stadt und Staat erfolgreich geworden sind, dann werden sich diese Salon-Antisemiten keineswegs genieren, in der Praxis genau so zu handeln wie Hitler und Goebbels. Diese Salon-Antisemiten sind in gewisser Hinsicht noch viel gefährlicher als die Radaubrüder unter dem Hakenkreuz. Denn sie sind es, die der antisemitischen Roheitswelle das Öl entschuldbarer geistig fundierter Betätigung geben. Sie sind im wahren Sinne des Wortes intellektuelle Urheber in einem weit schlimmeren Sinne als die Artikelschreiber der nationalsozialistischen Hetzpresse, deren Schuld an einzelnen Ausschreitungen viel durchsichtiger ist als die Schuld der vornehmen Kunstkritiker und Disputanten gegenüber jüdischer Zersetzung, gegenüber Psychoanalyse und gegenüber angeblichem jüdischem Antigermanismus.

Wenn es sich bei dem Spiele, das im internationalen Judenhaß gegen und um die Juden gespielt wird, um akademische Unterhaltungen handeln würde, so wäre gegen die öffentlichen Disputationen von Juden und Salon-Antisemiten weniger einzuwenden. Es handelt sich aber hier um ein Spiel, dessen Einsatz Leben und Existenz der Juden ist. Darum halten wir es für durchaus abwegig, von jüdischer Seite aus gefühlsmäßig und im Gedanken Unterschiede zwischen guten und bösen Antisemiten zu machen. Womit nicht gesagt ist, daß auf jüdischer Seite verkannt werden soll, wie groß die menschlichen Differenzen zwischen Salon- und Radau-Antisemiten sein können. Es sind aber letzten Endes nur Differenzen innerhalb des großen antijüdischen Lagers, das in Momenten der Entscheidung sich einheitlich verhalten wird und zwar geschlossen gegen die jüdische Gemeinschaft. Ob nun einer Krypto-Antisemit ist oder Salon-Antisemit oder sich offen zu einem Radau-Antisemitismus bekennt, ist für die praktische Auswirkung dieser Bewegung uns gegenüber einerlei. Wir dürfen Bundesgenossen in der nichtjüdischen Welt im Kampfe gegen den Judenhaß nicht in jenen Kreisen suchen, die von vornherein von einem antijüdischen Affekt bestimmt sind. Es gibt in der Welt außer diesen affektbestimmten Judenhassern Klassen und Schichten, welche wegen der Vorherrschaft ganz anderer Interessen in ihrem Gefühls- und Gedankenkreise als Bundesgenossen menschlicher und jüdischer Gleichberechtigung weit eher in Frage kommen und mehr Verständnis für die Tatsache der vorhandenen jüdischen Art aufbringen als Menschen, die eigentlich nur durch Bildung und Kultur verhinderte Radauantisemiten sind.

s. n.

Vom Verband Bayerischer Israelitischer Gemeinden

Soeben erscheint der amtliche Bericht über die Sitzung des Rats und der Tagung sowie des Ständigen Ausschusses der Tagung und des Finanzausschusses vom 15. Februar, den wir im folgenden gekürzt wiedergeben.

Rat und Tagung waren einberufen, um einen gemeinschaftlichen Antrag der Fraktionen auf Verlängerung der laufenden Wahlperiode zu verbescheiden. Da es sich um eine Änderung der Verfassung handelt, zu der nach den Satzungen die Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Rats und zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder der Tagung erforderlich sind, waren die Parteien übereingekommen, daß zur Ersparung der Kosten nur die aus Anlaß der Sitzung des Ständigen Ausschusses der Tagung und des Finanzausschusses einberufenen Mitglieder der Tagung an der Versammlung teilnehmen sollen. Die in dieser Weise zusammengesetzten Verbandskörperschaften haben nun mit der erforderlichen Mehrheit auf Grund des gemeinschaftlichen Antrags der Parteien beschlossen: „In Abänderung der §§ 5 und 15 der Verbandsverfassung wird der gegenwärtige Wahlabschnitt für die Mitglieder der Tagung und des Rats bis zum 1. April 1932 erstreckt.“ Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Damit ist dem Wunsche Rechnung getragen, in der gegenwärtigen politisch und wirtschaftlich überaus ernsten Zeit von Neuwahlen abzusehen.

In der Sitzung des Rats und des Ständigen Ausschusses der Tagung wurde im Anschluß an die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 und die Verordnung des bayerischen Gesamtministeriums vom 31. Dezember 1930 die Kürzung der Gehälter der Beamten und Angestellten beschlossen.

Alsdann wurde außerhalb der Tagesordnung ein von Kommerzienrat Weil (München) gestellter Antrag als Dringlichkeitsantrag bekanntgegeben, nach dem der Ständige Ausschuß sich heute bereits mit dem Etat befassen und ihn endgültig verbescheiden solle, da die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse eine offizielle Tagung, die in Nürnberg stattfinden sollte, nicht zweckdienlich erscheinen ließen. In der Aussprache wird allgemein anerkannt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse eine Tagung in der hergebrachten Form mit Eröffnungsakt und Festabend nicht gestatten würden, daß man allenfalls zu einer rein geschäftlichen Tagung nochmals zusammenkommen könne, daß es aber zweckmäßiger sei, wenn der Ständige Ausschuß heute schon in die Beratung des Etats eintrete und ihn wenn möglich, verabschiede. Je-

denfalls solle im Interesse der Kostenersparnis von einer offiziellen Tagung Abstand genommen werden.

Der Rat überwies darauf den Voranschlag 1931 dem Ständigen Ausschuß zur Behandlung, der in die Beratungen einzutreten beschloß.

Nach eingehenden Verhandlungen werden Beschlüsse gefaßt, die bezwecken, daß der Verband in den Fällen in denen er zu Besoldungen Zuschüsse gewährt, auch Einfluß auf die durch Anstellungsverträge sich ergebende materielle Belastung der Gemeinden und die Höhe seiner eigenen Zuschüsse nehmen kann.

Nach eingehendem Bericht des Präsidenten des Rats über die Schächtfrage wurde zur Prüfung und Genehmigung der Jahresrechnung 1930 und zur Beratung des Etats 1931 übergegangen.

Die Jahresrechnung 1930 schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 678 938.01 RM.

An Stelle des am Erscheinen verhinderten Schatzmeisters, Kommerzienrat Rosenzweig, erstattete Justizrat Dr. Straus Bericht. Er führte aus, daß der Staatszuschuß für das Jahr 1930 infolge der schwierigen Finanzlage des Staates um 10 000 RM. gekürzt worden sei und daß von den hiernach verbleibenden 60 000 RM. 47 500 RM. bisher zur Auszahlung gelangten.

In der Ausgabenseite seien die Positionen Besoldungszuschüsse und soziale und kulturelle Aufgaben etwas überschritten worden, vor allem deshalb, weil die Sparmaßnahmen des Vorjahres sich nicht auf das ganze Jahr hätten auswirken können. Immerhin seien die Mindereinnahmen des Staatszuschusses und die erwähnten Mehrausgaben dadurch ausgeglichen, daß die Einnahmen aus Landesumlagen etwa 21 000 RM. mehr ergeben hätten, als im Voranschlag 1930 angenommen worden sei. Darum betrage der Fehlbetrag nur 10 181 RM., so daß mit den Außenständen, selbst unter Berücksichtigung der Verbindlichkeiten gegenüber den Fonds, die Ausgaben und Einnahmen ungefähr ausgeglichen werden konnten.

Die Jahresrechnung 1930 wurde einstimmig genehmigt. Desgleichen die Abrechnungen über den Versorgungsfonds und den Landeswohlfahrtsfonds.

Justizrat Dr. Straus berichtete alsdann über die Grundsätze, die der Aufstellung des Voranschlags 1931 zugrunde gelegt worden seien. Man habe bei der Etataufstellung von dem voraussichtlichen Mindereingang an Umlagen ausgehen müssen. Hier irgendwelche sicheren Berechnungen anzustellen, sei nicht möglich. Aus gewissen Erfahrungen heraus sei anzunehmen, daß der Umlagenrückgang, der bereits im vorigen Jahre erheblich gewesen sei, etwa 100 000 RM. betragen werde, so daß man statt mit 520 00 RM. Umlagen aus dem Jahre 1930 im Jahre 1931 mit 420 000 RM. rechnen könne. Die fehlenden 100 000 RM. müßten nach Möglichkeit durch Einsparungen in den Ausgaben hereingebracht werden. Hier sei zunächst eine Herabsetzung bei den Besoldungszuschüssen vorgesehen und zwar um 28 000 RM., die durch die sechsprozentige Gehaltskürzung ermöglicht werde. Weiterhin seien die Bauzuschüsse auf 10 000 RM., das ist auf eigentliche Notausgaben beschränkt. Die Aufwendungen für soziale und kulturelle Aufgaben habe man entsprechend dem Verhältnis der Mindereinnahmen um etwa 20 Prozent gekürzt. Mit all diesen Sparmaßnahmen werde aber nur eine Minderung von 60 000 RM. erreicht, so daß noch 40 000 RM. zu decken blieben. 20 000 RM. würden durch Einbeziehung des Betriebsfonds erzielt; es bliebe dann noch ein Fehlbetrag von 20 000 RM., für den keine Deckung da sei und der aus dem Landeswohlfahrtsfonds genommen werden müsse. Erhöhe sich der Fehlbetrag, so sei eine größere Entnahme aus dem Landeswohlfahrtsfonds erforderlich. Es sei unter den gegebenen Verhältnissen jedenfalls nur auf diese Weise möglich, den Etat aufzustellen.

Die Grundsätze der Budgetaufstellung wurden sowohl vom Rat wie vom Ständigen Ausschuß der Tagung und dem Finanzausschuß gebilligt.

Alsdann wurde in die Beratung der einzelnen Positionen eingetreten.

Zu der Einnahmenseite des Voranschlags wurden ernstliche Bedenken geäußert, ob die Umlageneingänge den angesetzten Betrag von 420 000 RM. erreichen würden. Die Mehrheit der Kollegien neigte jedoch der Meinung zu, daß man den eingesetzten Betrag von 420 000 RM. belassen und etwaige Fehlbeträge aus dem Landeswohlfahrtsfonds decken solle, da es sonst unmöglich sei, einen Voranschlag aufzustellen, der der Not der Zeit einigermaßen Rechnung trage. Auch mit der Hinübernahme des Betriebsfonds in den ordentlichen Etat 1931 erklärten sich die Kollegien einverstanden.

Hinsichtlich der Ausgabeposten wurde festgestellt, daß diejenigen Positionen, die rechtliche Verpflichtungen des Verbandes darstellten, nicht gekürzt werden könnten. So ergab sich, daß Einsparungen nur vorgenommen werden konnten 1. an den Besoldungszuschüssen, 2. an den Bauzuschüssen und 3. an den Ausgaben für soziale und kulturelle Aufgaben. Die Minderung an den Besoldungszuschüssen ist im wesentlichen ermöglicht durch die sechsprozentige Gehaltskürzung und die im vorigen Jahre beschlossene Verringerung der Zuschüsse an leistungsschwache Gemeinden, die sich erst in diesem Jahre voll auswirken. Es konnte auf diese Weise eine Einsparung von 28 000 RM. erzielt werden.

Der Posten für Bauzuschüsse wurde auf 10 000 RM. herabgesetzt, wobei beschlossen wurde, nur die dringlichsten Baumaßnahmen auszuführen.

Die Ausgaben für soziale und kulturelle Aufgaben wurden grundsätzlich um etwa 20 Prozent herabgesetzt. Gestrichen wurden als weniger dringlich die Bewilligungen für die Erholungsfürsorge. Größere Einsparungen wurden schließlich bei dem Posten Inventarisation jüdischer Kunstdenkmäler und Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Arbeiten gemacht, da Aussicht besteht, daß die hierfür treffenden Gehaltsausgaben zum Teil von den übrigen süddeutschen Verbänden mit übernommen werden.

Bei diesen allgemeinen Abstrichen wurde der ebenfalls in Höhe von 20 Prozent vorgenommene Abstrich für die Lehrerbildungsanstalt Würzburg besonders schmerzlich empfunden. Die Kollegien haben deshalb beschlossen, daß die Kürzung in der Höhe von 10 Prozent wenn möglich dadurch ausgeglichen werden solle, daß diejenigen Mittel, die für Tagung, Rats- und Ausschuß-Sitzungen im laufenden Jahre nicht benötigt würden, der Lehrerbildungsanstalt zugute kommen.

Die sozialen Ausgaben wurden alsdann in der Gesamthöhe von 173 100 RM. genehmigt, ebenso die übrigen Posten.

Nach Abschluß der Einzelberatungen erklärte der Ständige Ausschuß, in die Beschlußfassung über den Voranschlag 1931 eintreten zu wollen. Er nahm den Voranschlag einstimmig an. Auch im Rat fand dieser Voranschlag einmütige Billigung.

Es wurde weiterhin von Rat und Ständigem Ausschuß einstimmig beschlossen, von einer allgemeinen Tagung in diesem Jahre abzusehen.

Der Umlagensatz wurde in der bisherigen Höhe von 3 Prozent festgesetzt. Ein Antrag des Justizrats Dr. Hommel auf Erhöhung des Umlagensatzes fand im Ständigen Ausschuß nicht die erforderliche Mehrheit. Der Rat ist dem Beschluß auf Erhebung einer dreiprozentigen Landesumlage in seiner Eigenschaft als Steuerverbandsvertretung beigetreten.

Nach Behandlung mehrerer Rechtsfragen im Rat konnte die Sitzung um 6 Uhr geschlossen werden.

*

Es ergibt sich aus diesem Bericht, daß alle wesentlichen Beschlüsse einstimmig angenommen wurden. Die Verlängerung der Wahlperiode entspricht dem allgemein gehegten Wunsche, die Durchführung von Wahlen zu vermeiden, die in diesen Wochen hätten stattfinden müssen; man kann nur die Hoffnung aussprechen, daß sie im nächsten Jahre unter günstigeren Umständen von statten gehen können. Eine nochmalige Verschiebung des Termins wird jedenfalls nicht mehr in Frage kommen. Auch die Nichtabhaltung der Tagung wurde einstimmig beschlossen. Wenn dieser Beschluß mit Ersparnisgründen motiviert wird, so kann man angesichts der ständig fallenden Einnahmen und der Unmöglichkeit einer Erhöhung des Steuersatzes gewiß nicht etwa sagen, Sparsamkeit könne auch zu weit getrieben werden. Immerhin: daß die Tagung entfällt, bleibt bedauerlich — es ist ihre Aufgabe die jüdische Öffentlichkeit für die Aufgaben des Verbandes zu interessieren, sie ist das Organ der Kritik und der Auseinandersetzung und keine andere Institution kann diese Funktion übernehmen. Es ist deshalb auch eine offene Frage, ob man gerade in dieser schweren Zeit, nicht doch die Tagung braucht; daß sie immer mit Festlichkeiten verbunden sein und große Kosten verursachen muß, ist allerdings wirklich nicht nötig. Da die Frage indessen bereits entschieden ist, hat es wenig Sinn sie lange zu diskutieren; man kann den Beschluß verstehen, auch wenn man ihn nicht billigt und man kann ihn billigen, ohne ihn in jeder Beziehung gutzuheißen — die nächste, dann bereits neu gewählte Tagung wird im Frühjahr 1932 auf alle Fälle zusammentreten und an ihr wird es dann sein, die Arbeit des Verbandes darzustellen und mit neuen Impulsen weiterzuführen.

Die Preußentagung

Am 22. März tritt der Verbandstag des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden zu seiner diesjährigen Tagung in Berlin zusammen. Die Tagesordnung ist folgende: 1. Eröffnung. 2. Wahl des Präsidenten, der Stellvertreter und der Schriftführer. 3. Tätigkeitsbericht des Rates. 4. Rechnungsabschluß für das Rechnungsjahr 1929/30. 5. Voranschlag für das Rechnungsjahr 1931/32, Festsetzung der Umlage. 6. Wahl der nach Art. 21, Abs. 1 Nr. 2, der Verfassung von dem Verbandstag in den Rat zu wählenden sechs Rabbiner und zwei Lehrer und ihrer Vertreter. 7. Wahl der nach Art. 21, Abs. 1 Nr. 3, der Verfassung von dem Verbandstag noch zu wählenden Ratsmitglieder und ihrer Vertreter. 8. Bildung der Ausschüsse (Art. 20 ff. der Verfassung). 9. Besprechung zur wirtschaftlichen Notlage der jüdischen Gemeinden. 10. Anträge der liberalen Fraktion: a) Schaffung einer Reichsorganisation; b) Gesetzentwurf betr. die Rechtsverhältnisse der Juden in Preußen; c) Verfassungsänderungen; d) Normalstatut für Gemeinden; e) Beamtenrecht; f) Gründung einer Beamten-Pensionskasse; g) Einbürgerungsfragen.

Wie man sieht, steht auch wieder einmal die Schaffung einer Reichsorganisation der deutschen Juden, neben vielen anderen wichtigen Punkten auf der Tagesordnung. Der Beratung zugrunde liegt ein Antrag der liberalen Fraktion, die einen neuen von ihr ausgearbeiteten Verfassungsentwurf vorlegt. Wir werden ausführlich über die Verhandlungen zu dieser Frage berichten und zu dem liberalen Entwurf Stellung nehmen.

Ussischkin über den MacDonald-Brief

Paris, 10. März. (JTA.) Der Präsident des Jüdischen Nationalfonds, M. M. Ussischkin, ist auf der Durchreise aus Amerika nach Palästina in Paris eingetroffen und hat sich in einem Gespräch mit dem JTA-Vertreter in folgender Weise über die Nationalfondskampagne in den Vereinigten Staaten und die allgemeine zionistische Lage geäußert:

Ich bin in die Vereinigten Staaten ein einem für die amerikanischen Juden besonders schwierigen Zeitpunkt gekommen. Die Wirtschaftskrise einerseits und eine Reihe von Enttäuschungen auf politischem Gebiet andererseits hatten den Enthusiasmus der amerikanischen Zionisten stark herabgesetzt. Dennoch glaube ich, daß es mir gelungen ist, ihre Zuversicht wieder zu beleben und sie um das Werk für unsere nationale Wiedergeburt zu sammeln. Die Art des Sondergebiets, auf dem der Keren Kajemeth seine Tätigkeit entfaltet, hat wesentlich dazu beigetragen, meine Mission erfolgreich zu gestalten. In der Tat stimmen alle zionistischen Parteien dahin überein, daß für einen endgültigen Erfolg der zionistischen Aspirationen der Erwerb großer Bodenflächen in Palästina unerläßliche Voraussetzung ist. Diesbezüglich gibt es keine Meinungsverschiedenheit. Meine Devise war daher: Wir werden immer Juden für Palästina haben, aber wir werden nicht immer Palästina für die Juden haben. Wenn der Boden Palästinas in unseren Händen ist, werden wir auch 20 Paßfields nicht zu fürchten haben, wenn wir aber den Boden nicht haben, werden uns auch 20 Balfours nicht helfen können. Dieser Gedanke leuchtete den Amerikanern ein und darum haben sie meinen Plan eines fünfjährigen Drives mit dem Ziele, eine Summe von 5 Millionen Dollar für den Nationalfonds aufzubringen, gutgeheißen und unterstützt. Ein beträchtlicher Teil dieser Summe wurde während meines Aufenthalts in den Vereinigten Staaten gezeichnet. Als ich nach Amerika kam, war die amerikanische Judenheit in einem Zustand der Depression; als ich das Land verließ, war diese Depression einem nationalen Enthusiasmus gewichen. Möge der amerikanischen Judenheit dieser Geist erhalten bleiben und ihr helfen, das begonnene Werk zu einem guten Ende zu führen.

Während meines Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten wurde auch der Brief MacDonalds an Dr. Weizmann veröffentlicht. Ich teile in keiner Weise das Gefühl des Triumphes, das in gewissen Kreisen infolge dieses Briefes vorherrscht. Es ist zwar richtig, daß dieser Brief den durch das Weißbuch ausgelösten Eindruck äußerster Übel-

wollens gegenüber unserer Sache beseitigt. Aber er ändert nichts an dem Wesentlichen dieses Dokuments, ja verschlimmert sogar noch die Lage. Denn das Weißbuch hatte das nationale Gewissen der Juden der ganzen Welt aufgerüttelt. Man protestierte, man kämpfte, man hoffte. Der Brief des Premiers hat die Besorgnisse beschwichtigt und die Wachsamkeit eingeschläfert, ohne an der wirklichen Situation etwas zu ändern. Das ist sehr gefährlich. Es bestehen gute Gründe zur Annahme, daß das britische Kabinett die Zionisten nur beruhigen wollte, um die zur Hebung der palästinensischen Landwirtschaft bestimmte 2,5-Millionen-Pfund-Anleihe im Unterhaus durchzubringen. Die Last dieser Anleihe wird vorwiegend auf den Schultern der jüdischen Bevölkerung Palästinas ruhen und es ist so ziemlich sicher, daß bloß die Araber aus ihr Nutzen ziehen werden. Dieses Ergebnis muß vorausgesehen werden. Es müssen Garantien gegen eine tendenziöse Verwendung der der Palästinaregierung zur Verfügung gestellten Gelder gefordert werden, mit einem Wort, wir dürfen uns in keiner Weise durch die schönen Worte des Briefes Mac Donalds einschläfern lassen.

Um aber kämpfen zu können, müssen die Zionisten ihre Kräfte vereinigen. Eine zionistische Einheitsfront ist keine Unmöglichkeit. Wir müssen alle Erwägungen sekundärer Art beiseite lassen und nur das uns allen gemeinsame Endziel im Auge behalten.

Die Verhandlungen zwischen Jewish Agency und englischer Regierung werden fortgesetzt

London, 16. März. (JTA.) „Jewish Chronicle“ brachte vor einigen Tagen eine Mitteilung seines parlamentarischen Korrespondenten, wonach die Verhandlungen zwischen Jewish Agency und englischer Regierung als beendet zu betrachten seien und nicht mehr fortgesetzt werden würden. Der JTA. wird von maßgebender Stelle mitgeteilt, daß diese Meldung unrichtig ist. Wenn auch — heißt es in der Mitteilung an die JTA. weiter — das Kolonialamt bestrebt ist, den Landentwicklungsplan im Interesse der gesamten Bevölkerung Palästinas möglichst bald in Angriff zu nehmen, beabsichtigt es doch nicht, irgendwelche Maßnahmen zu treffen, bevor nicht der Gegenstand in den Verhandlungen zwischen Jewish Agency und dem Regierungskomitee, dessen Zusammenkünfte unter den Auspizien des britischen Kabinetts weiter fortgesetzt werden, gründlich durchberaten sein wird.

Die Frage einer jüdisch-arabischen Round-Table-Konferenz

London, 15. März. (JTA.) Das Organ der Zionistischen Exekutive, „Haolam“, veröffentlicht einen Leitartikel, in dem in Zusammenhang mit der Palästinareise Dr. Weizmanns darauf hingewiesen wird, daß die britische Regierung genötigt sein werde, sich mit den palästinensischen Arabern bezüglich der Frage einer Round-Table-Konferenz ins Benehmen zu setzen. Die künftigen Verhandlungen mit der britischen Regierung würden ihrem Wesen nach dreiseitige Verhandlungen sein, da die Fragen des Landentwicklungsplans, der Verfassung und der Zusammensetzung der Palästinaverwaltung ihrer Natur nach Probleme darstellen, die die gesamte Bevölkerung Palästinas betreffen. Erfolg oder Mißerfolg hängen davon ab, ob die Araber zur Mitarbeit bereit sein werden. Die Obstruktion der zionistischen Opposition sei, da auch der kommende Zionistenkongreß bei der Ausarbeitung eines Programms für die neue Exekutive mit der Macht der Tatsachen werde rechnen müssen, unklug und undiplomatisch.

Die Verhandlungen zwischen Agudas Jisroel und Agency

Über diese Verhandlungen lesen wir in der „Jüdischen Rundschau“: „In unserer Nummer 8 vom 30. Januar 1931 hatten wir das offizielle Kommuniqué über die Verhandlungen zwischen der Jewish Agency und der Agudas Jisroel veröffentlicht. Merkwürdigerweise hat ein Teil der agudistischen Presse dieses Kommuniqué in einer zum Teil abgeänderten Form bekanntgegeben. Durch eine Erklärung, die inzwischen Herr Dr. Moses Auerbach abgegeben hat, der der Vertreter der Agudas Jisroel in der Redaktionskommission gewesen ist, ist klargestellt, daß die von uns veröffentlichte Form die Verhandlungen zutreffend wiedergab. Um so merkwüridger ist es, daß auch ein Artikel in den offiziellen ‚Blättern der Landesorganisation der Agudas Jisroel in Deutschland‘ und ein gleichlautender in der ‚Wiener Jüdischen Presse‘ über die Verhandlungen Mitteilungen macht, die weder dem Inhalt des Kommuniqués noch den Tatsachen entsprechen.

Zunächst desavouiert dieser Artikel die Stellungnahme der Kommission in einem wesentlichen Punkt. Er stellt sich nämlich auf den Standpunkt, daß auch eine Ausschaltung des Schulwerks aus dem Aufgabenkreis der Agency eine Erleichterung im Sinne der Zusammenarbeit zwischen Jewish Agency und Agudas Jisroel nur dann geben würde, wenn die Agency an der Finanzierung der Kulturaufgaben in keiner Weise teilnähme. Die Vertreter der Agudas Jisroel in der Kommission dagegen, die freilich, wie schon in dem Kommunique zum Ausdruck gebracht, nur Vorschlagsrecht hatten, hatten ausdrücklich den Standpunkt eingenommen, daß finanzielle Subventionierung der Kulturarbeit durch die Agency kein Hindernis für einen Eintritt der Agudas Jisroel in die Agency bedeuten würde, wenn nur durch entsprechende technische Maßnahmen dafür gesorgt wäre, daß jeder, der zu den Aufgaben der Agency finanziell beiträgt, die Möglichkeit hätte, zu bestimmen, daß aus seinem Beitrag für die kulturellen Zwecke nichts verwendet werden dürfe.

Wir müssen gestehen, daß wir doch erstaunt darüber sind, daß in einem so wichtigen Punkte eine derartige Desavouierung erfolgt, obgleich der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses, Rabbiner Dr. P. Kohn, selbst an den Verhandlungen teilgenommen hatte.

Bezüglich der Tätigkeit der Agudas Jisroel in außenpolitischer Beziehung halten es die offiziellen Blätter der Agudas Jisroel für möglich, folgendes zu schreiben:

‚Wenn nun die Vertreter der Agency in der Berliner Besprechung den lebhaften Wunsch äußerten, die Agudas Jisroel möge sich in außenpolitischer Hinsicht Bindungen auferlegen lassen, so ist dieses Verlangen von den agudistischen Vertretern — wie wir im Gegensatz zu einem irreführenden Berichte des Warschauer ‚Moment‘ mit Nachdruck betonnen möchten — in aller Entschiedenheit abgelehnt worden.

Was die Kommission (und zwar auch nur die Kommission, ohne daß bisher eine Zustimmung der politischen Leitung der Aguda erfolgt wäre)

konzedierten, war lediglich die Empfehlung einer Verpflichtung der Agudas Jisroel, im Hinblick auf die noch immer schwierige politische Lage bis auf weiteres selbständige außenpolitische Aktionen nicht zu unternehmen, ohne vorher den loyalen Versuch gemacht zu haben, mit der Agency sich auf eine einheitliche politische Linie zu einigen. Gelingt ein solcher Versuch nicht, so ist auch nach Ansicht der Berliner Kommission, einschließlich der die Agency vertretenden Mitglieder, die politive Exekutive der Agudo selbstverständlich frei, nach ihrem Gutdünken selbständig vorzugehen.'

Dem gegenüber steht der Wortlaut des offiziellen von den Herren Dr. Auerbach und Dr. Barth redigierten Communiqués, das folgendes berichtet:

„Ohne die Frage der grundsätzlichen Stellung der beiden Gruppen zu erörtern, wird es als ein Gebot der Zeit anerkannt, daß außenpolitische Eingaben von seiten der Agudas Jisroel bis auf weiteres nicht eingereicht werden sollen. Die Jewish Agency wird dies dadurch erleichtern, daß sie die Agudas Jisroel über die politischen Vorgänge, soweit nicht Diskretion vorgeschrieben ist, informiert.'

Diese Formulierung entspricht, wie wir authentisch festgestellt haben, dem Wortlaut der Formulierung, die der Vorsitzende der Kommission, Herr Dr. Baeck, als Ergebnis der Besprechung unter Genehmigung aller Beteiligten niederschreiben ließ im Anschluß an eine nahezu wörtlich übereinstimmende Erklärung, die Herr Dr. P. Kohn seinerseits abgegeben hatte.

Im übrigen versucht der Artikel das kurz vor den Verhandlungen von der Agudas Jisroel an die englische Regierung eingereichte Memorandum zu rechtfertigen und spricht seine Verwunderung über die ‚etwas gereizte Stimmung' aus, in der sich die Vertreter der Agency infolge dieses Memorandums befanden. Unsere Leser kennen dieses Memorandum, das wieder einmal im traurigsten Stil der alten schon überholt geglaubten Kampfesweise den Versuch macht, trotz Hebron und Safed der Mandatarmacht einzureden, daß die Araber mit dem religiösen Judentum auf viel besserem Fuße lebten als mit dem nationalen, und wir glauben, daß wir zur Begründung der Entrüstung, in der sich wohl die gesamte nichtagudistische Judenheit auf Grund dieses Memorandums befand, nichts anzuführen brauchen."

Revisionistischer Delegiertentag in Deutschland

Berlin, 16. März. (JTA.) Am 15. März fand in Berlin eine gut besuchte Tagung der Zionisten-Revisionisten statt, zu der die meisten revisionistischen Gruppen aus Deutschland Vertreter entsandt hatten. Als stimmberechtigte Mitglieder nahmen 26 Delegierte teil. Eine große Anzahl von Gästen folgte den Verhandlungen.

In seinem Referat über die politische Lage führte der Vorsitzende, Herr Richard Lichtheim, aus, daß der MacDonald-Brief inhaltlich sehr unbefriedigend sei und daß die Form, in der dieser Brief zu einem Kommentar des Weißbuches gemacht wurde, ebenfalls sehr bedenklich erscheine. Besonders sei auch dagegen zu protestieren, daß Dr. Weizmann auf der voreiligen Veröffentlichung dieses Dokumentes bestanden habe, obwohl sogar in der Politischen Kommission und in der Zionistischen Exekutive starker Widerstand gegen die Veröffentlichung sich geltend machte. Die kommenden Verhandlungen über die wichtigsten Fragen (Transjordanien, Verwaltung, Landentwicklungsplan und Parlament) seien von solcher Tragweite, daß die Executive ein schweres Unrecht begehe, wenn sie nach der von ihr erzwungenen Kongreßverschiebung darauf hindränge, auch diese Verhandlungen unabhängig von der Willensäußerung des Kongresses zu führen. Die Executive sei diesen Verhandlungen nicht gewachsen und habe zu den wichtigsten Fragen nicht einmal festumrissene Vorschläge. Daher habe das revisionistische Executivkomitee auf seiner letzten Tagung in Paris mit vollem Recht beschlossen, gegen die Fortführung der Verhandlungen durch die jetzige zionistische Leitung zu protestieren. Dabei dürfte es sich allerdings nicht um einen Protest gegen die formelle Zuständigkeit der Executive, bzw. der Jewish Agency, handeln, sondern um einen sachlichen Protest gegen die Unzulänglichkeit der bisherigen Führung. Die innere Situation im Revisionismus erfordere eine Klärung, da sowohl die Revisionistische Executive als auch sicherlich die überwiegende Mehrheit aller Revisionisten mit der Taktik der Revisionistischen Partei in Palästina, die neuerdings von Dr. von Weisl geführt wird, nicht einverstanden seien. Die von den palästinensischen Revisionisten ausgegebene Parole auf Zurückziehung der revisionistischen Vertreter aus dem A.C., auf Austritt aus der Organisation, auf Verlassen der Assefath Haniwcharim und die hieraus folgenden vorgeschlagenen Sonderaktionen stehen in schroffem Gegensatz zu der bisherigen Haltung der Union. Die oft erörterte Frage unserer zukünftigen Beziehung zur Zionistischen Organisation erfordere keine neuen Beschlüsse, sondern nur die Bestätigung der bereits mehrfach gefaßten. Alles komme für den Revisionismus und damit auch für den Zionismus darauf an, zum 17. Kongreß eine so große Zahl für Mandaten zu erobern, daß der Wille des Revisionismus zu einem entscheidenden Faktor auf dem Kongreß werde.

Es folgte eine lebhafte Diskussion. In der Nachmittagssitzung erstatteten die Herren Dr. Pollack und Alexander Reiter Referate über die Jugendarbeit und Dr. Silbert über Organisation und Finanzen. Ein erheblicher Betrag wurde für die Londoner Zentrale aufgebracht und das Budget der Berliner Zentrale wurde gesichert. Es wurde ein Zentralkomitee für Deutschland gewählt. Den Landesvorstand bilden folgende Herren: Richard Lichtheim (Vorsitz), Dr. Hans Bloch, Ch. Belilowsky, Dr. Ettisch, Dr. Elias Fischer, Alexander Reiter, Julius Reiter und Dr. Schloß.

Das Hamburger Polizistenattentat

Von der Tragödie des Deutschen Juden

Hamburg, 15. März. (JTA.) Im Hamburger Polizeipräsidium hat der unter dem Einfluß der Nationalsozialisten stehende Polizeioberwachtmeister Friedrich Pohl, Sohn eines Arztes in der Lüneburger Heide, den ihn dienstlich vernehmenden Regierungsrat Lassally, der aus einer sehr angesehenen Hamburger jüdischen Familie stammt und als überzeugter Republikaner ohne parteipolitische Bindung bekannt ist, mit dem Dienstrevolver niedergeschossen. Lassally brach

schwerverletzt zusammen und wurde sofort ins Krankenhaus überführt, wo er einer Operation unterzogen wurde. Es wurde festgestellt, daß die Kugel, die in den Kopf eindrang, nur wenig unterhalb des Herzens den Körper durchschlug, aber nur Fleischteile verletzte, so daß Lebensgefahr für Lassally nicht besteht. Der Attentäter Pohl wurde verhaftet und gestand beim Verhör ein, daß er den festen Vorsatz gehabt hat, seinen Vorgesetzten Lassally zu töten, er sei daran nur durch eine Ladehemmung seines Dienstrevolvers verhindert worden; diese Ladehemmung trat nach dem ersten Schuß ein. Als Grund für die Tat gibt Pohl an, daß er, der, wenn auch nicht Mitglied der nationalsozialistischen Partei, so doch nationalsozialistischer Gesinnung ist, sich nicht von einem Juden habe vernehmen lassen wollen.

Die Vernehmung Pohls durch Lassally galt eben der nationalsozialistischen Tätigkeit Pohls, die ihm als Polizeibeamten untersagt ist. Lassally hatte Pohl aufgefordert, neben ihm am Schreibtisch Platz zu nehmen und mit ihm völlig sachlich und ruhig die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen durchzusprechen. Pohl wartete, bis alle anderen Personen das Dienstzimmer des Regierungsrates Lassally verlassen hatten, zog ganz unvermittelt den Dienstrevolver und schoß. Die heimtückische Art und Weise dieses Attentates hat in Hamburg starke Entrüstung hervorgerufen. Lassally gilt als einer der tüchtigsten Polizeibeamten Hamburgs. Den Haß der Nationalsozialisten hat er sich dadurch zugezogen, daß er kürzlich in mehreren vor dem Hamburger Verwaltungsgericht zwischen der Polizeibehörde und den Nationalsozialisten schwebenden Prozessen als Vertreter der Polizei öffentlich hervorgetreten ist. Die nationalsozialistische und deutschnationale Presse Hamburgs richtete aus diesem Anlaß heftige, auch persönlich gehässige Angriffe gegen Regierungsrat Lassally. Polizei und Hamburger Senat haben eine Untersuchung eingeleitet, um festzustellen, in welchen Beziehungen Pohl zu den Nationalsozialisten gestanden hat. Eine offizielle Erklärung des Hamburger Senats wurde angekündigt. Es wird versichert, daß der Fall Pohl innerhalb der Hamburger Polizei einen Einzelfall darstellt, da die Mannschaft als unbedingt zuverlässig gilt.

Hakenkreuzler straffrei

Berlin, 10. März. (JTA.) In der Wilmersdorfer Sektionszeitung der NSDAP war am 2. September ein Artikel mit der Überschrift „Der Staat“ erschienen. Darin hieß es u. a.: „Der heutige Staat ist ein willkommenes Werkzeug in der Hand gerissener politischer Schieber zur Ausbeutung und Begaunerung jeglicher produktiver Arbeit. An der Spitze des Staates sitzen internationale Börsenjuden und sonstige Schieber, Landesverräter und Kreaturen, die vor Feigheit, Charakterlosigkeit und intellektueller Verbildung triefen.“ Der verantwortliche Schriftleiter und der Herausgeber hatten sich deshalb vor dem Schöffengericht Charlottenburg unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Schmitz wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz zu verantworten. Beide wurden freigesprochen, da das Gericht sich auf den Standpunkt stellte, daß eine Öffentlichkeit im Sinne des Preßgesetzes nicht vorliege. Der Staatsanwalt hatte für jeden der beiden Angeklagten 13 Monate Gefängnis beantragt.

* * *

Aus der jüdischen Welt

Schul- und Weltanschauungsdebatte in der Berliner Repräsentantenversammlung

Berlin, 13. März. (JTA.) Auf besonderen Antrag der Liberalen Fraktion wurde am Donnerstag, dem 12. März, abends, eine Repräsentantenversammlung der Jüdischen Gemeinde Berlin abgehalten, auf der hauptsächlich Schulfragen zur Debatte standen. Der bevorstehende Führungswechsel in der Gemeinde, der durch die Wiedereroberung der Mehrheit seitens der Liberalen bei den letzten Gemeindewahlen bedingt ist, wirft schon jetzt seinen Schatten voraus. Die Liberalen wollen unmißverständlich zu erkennen geben, daß sie willens sind, mit Übernahme der Führung in der Gemeinde auch einen Wechsel in der Gemeindepolitik — namentlich in der Schulfrage — eintreten zu lassen, und daß sie nicht gesonnen sind, die durch die von der gegenwärtigen Vorstandsmehrheit inzwischen gefaßten Beschlüsse und vollzogenen Tatsachen, die nicht im Sinne der Mehrheit der Gemeindemitglieder sind, bestehen zu lassen. Anderseits führen die Führer der Jüdischen Volkspartei ins Treffen, daß die Gemeinde die Bedürfnisse nicht nur der Mehrheit, sondern auch der Minderheit ihrer Mitglieder befriedigen müsse und also auch für die jüdische Schule zu sorgen habe.

Abschiedsbankett für Schmarja Levin in Berlin

Berlin, 16. März. (JTA.) Am Sonnabend, dem 14. März, abends, fand im Logenhaus Kleiststraße ein Bankett zu Ehren des populären zionistischen Führers und hervorragenden Volksredners Dr. Schmarja Levin aus Anlaß des Abschlusses seiner europäischen Tournee statt. Der großen Saal des Logenhauses und die angrenzenden Räume waren überfüllt, dem Gaste wurde viele Beweise der Sympathie dargebracht. Von der Exekutive der Jewish Agency waren die Herren Dr. Hexter und Dr. Bernhard Kahn anwesend. Der Vorsitzende der Veranstaltung, Herr Kurt Blumenfeld, eröffnete den Abend mit einer längeren Ansprache, in der er die Persönlichkeit des Gastes zeichnete und darlegte, welchen Einfluß Schmarja Levin als Führer und Lehrer auf die jüngere zionistische Generation in Deutschland gehabt hat.

Empfang für S. Niger

Berlin, 16. März. (JTA.) Zu Ehren des augenblicklich in Berlin weilenden führenden jüdischen Literatur- und Kulturkritikers Samuel Niger veranstaltete der Verband „ORT“ einen Tee-Abend, zu dem eine große Zahl persönlicher Freunde und Verehrer Nigers, sowie die in Berlin lebenden jiddischen Schriftsteller und Gelehrten geladen waren.

Widerstände gegen die Schächtverbots-Agitation

Berlin, 11. März. (JTA.) In Schweidnitz wurde ein nationalsozialistischer Antrag auf Schächtverbot vor kurzem abgelehnt. Desgleichen in Rostock am 2. März mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Wirtschaftsparteiler. Ferner wurde in der vorigen Woche in Mannheim ebenfalls ein nationalsozialistischer Schächtverbotsantrag abgelehnt. In Bremen wurde eine schächtgegnerische Anfrage vom Antragsteller zurückgezogen.

Der Antrag der Deutschnationalen in der Bremer Bürgerschaft auf Erstattung eines Berichtes darüber, „ob die Voraussetzung eines Schächtverbots im Bremischen Staate gegeben sei“, der seit Beginn dieses Jahres regelmäßig auf der Tages-

ordnung der Bürgerschaft stand, von den Antragstellern selbst zurückgezogen worden. An der Abwehr des Schächtsverbots in Bremen hat sich — wie das „Israelitische Familienblatt" erfährt — auch der „Norddeutsche Lloyd", dessen koschere Küchen an Bord der Amerika-Dampfer von dem Verbote betroffen worden wären, in einer wirksamen Eingabe beteiligt.

Auch der Gemeinderat in Ulm hat in einer Vollsitzung den Antrag der inneren Abteilung des Gemeinderates auf Übergang zur Tagesordnung über den seitens der Deutschnationalen gestellten Schächtverbotsantrag mit allen Stimmen gegen diejenigen der Mitglieder der deutschnationalen Fraktion angenommen. Das beantragte Schächtverbot ist somit abgelehnt.

Danzig, 13. März. (JTA.) Die nationalsozialistische Fraktion im Danziger Volkstag hat ihren vor kurzem eingebrachten Antrag auf Verbot der jüdischen rituellen Schächtung zurückgezogen, weil sich in den interessierten Wirtschaftskreisen Danzigs eine starke Strömung gegen die Schächtverbotspropaganda bemerkbar machte und ein Schächtverbot der Wirtschaft des Freistaates großen Schaden zugefügt hätte. Der Antrag der Nationalsozialisten hatte übrigens keinerlei Chancen, vom Volkstag angenommen zu werden.

Zweiter Habima-Prozeß in Würzburg

Würzburg, 15. März. (JTA.) Vor der großen Strafkammer des Würzburger Landgerichts fand die Berufungsverhandlung gegen die Nationalsozialisten Dornbusch, Holl und Schaffer statt, die sich an den Demonstrationen gegen das Habima-Gastspiel in Würzburg am 19. November 1930 beteiligt hatten. Dornbusch war in der ersten Instanz freigesprochen, Holl und Schaffer zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. In der Berufungsinstanz unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Keller wurden Dornbusch zu drei Monaten, Holl zu vier Monaten und Schaffer zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Bewährungsfrist wurde allen Verurteilten versagt.

Frankfurt a. M., 9. März. (JTA.) Der „Frankfurter Zeitung" wird aus Würzburg telegraphiert: Die Berliner Zeitung „Der Alarm" ist ein sehr kräftig, aber durchaus anständig dreinschlagendes Kampforgan gegen Fascismus und Hakenkreuz. Die Verteilung dieses Blattes wurde gestern abend von der Polizei verboten, mit der Begründung, daß am gleichen Abend eine nationalsozialistische Versammlung stattfinde und Störungen sich ergeben könnten. Diese einseitige Stellungnahme des Polizeipräsidenten Eder ruft sein Versagen bei dem Habimaskandal vor dem Würzburger Theater in Erinnerung. Ist solche Rücksichtnahme gegenüber der Hitlerpartei das angemessene Verhalten einer bayerischen Polizeibehörde?

Benjamin Segel gestorben

Wien, 13. März. (JTA.) In Bad Pistyan, wo er sich zur Kur aufhielt, verstarb heute im Alter von 64 Jahren der bekannte jüdische Schriftsteller und Publizist Benjamin Segel, der viele Jahre lang in Deutschland gelebt und in den letzten Jahren in Wien seinen Wohnsitz gehabt hat. Segel war einer der besten Kenner des Ostjudentums, eine Reihe seiner Arbeiten galt dessen Problemen.

Dr. Israel Waldmann 50 Jahre

Wien, 10. März. (JTA.) Am 10. März vollendete der bekannte zionistische Führer Dr. Israel Waldmann sein 50. Lebensjahr. Die Wiener Zionisten feierten den Jubilar in einer Massenversammlung, der Studentenverein „Bar-Kochba" veranstaltete einen Festkonvent.

Wirtschaftlicher Niedergang der Juden in Polen

Warschau, 9. März. (JTA.) „Gazeta Warszawska" bringt die alarmierende Nachricht, daß in der letzten Zeit infolge der wirtschaftlichen Deroute etwa 9000 Geschäftsunternehmungen in Warschau, unter ihnen große und angesehene Firmen, in Liquidation getreten sind; in Geschäftskreisen rechnet man mit der baldigen Liquidierung weiterer 15 000 bis 20 000 Geschäftsunternehmungen. Die Mehrzahl der Liquidationen betrifft von Juden geleitete Geschäfte. Alarmierende Nachrichten über Schließung zahlreicher Geschäftsunternehmungen treffen auch aus Krakau und Lemberg ein. Am meisten betroffen sind die Pelz-, Galanterie-, Schuh- und Hutbranchen.

Die antijüdischen Zarengesetze in Polen endgültig abgeschafft

Warschau, 16. März. (JTA.) Das Plenum des polnischen Sejm hat sich noch einmal mit der Gesetzesvorlage betreffend Abschaffung der noch aus der Zarenzeit und aus der Zeit der auswärtigen militärischen Okkupationen in Polen stammenden gesetzlichen Beschränkungen gegen die jüdische Bevölkerung Polens befaßt und die betreffende Regierungsvorlage mit den vom Senat beschlossenen Abänderungen angenommen. Mit diesem Beschlusse des Sejm ist die Gesetzesvorlage in Kraft getreten, die antijüdischen Gesetzesbeschränkungen sind somit endgültig abgeschafft.

Erste Session des Verwaltungsrates des Nansen-Amtes

Genf, 13. März. (JTA.) Der Verwaltungsrat des Internationalen Nansen-Amtes für Flüchtlingswesen hat am 12. März die letzte Sitzung seiner am 10. März unter dem Vorsitz von Professor Huber, dem Präsidenten des Internationalen Roten Kreuzes und ehemaligen Präsidenten des Ständigen Internationalen Gerichtes im Haag, eröffneten ersten Session abgehalten.

Der Rat hat sich im Laufe seiner Tagung vor allem mit der Frage der Arbeitsbeschaffung für die bisher in das Wirtschaftsleben noch nicht wiedereingereihten 170 000 Flüchtlinge und der Versorgung der 65 000 arbeitsunfähigen Flüchtlinge (Kriegsinvaliden, Kranke, Kinder usw.) befaßt. In diesem Zusammenhang wurde im Verwaltungsrat auch die Frage der Schaffung eines Fonds erörtert, aus dessen Mitteln die Kosten für die Fortführung des Flüchtlingswerks bestritten werden sollen. Der Fonds soll mit Hilfe eines Komitees einflußreicher Persönlichkeiten aufgebracht werden.

Zum Generalsekretär des Internationalen Nansen-Amtes wurde der ehemalige Adjunkt des Hochkommissars für Flüchtlingswesen Johnson ernannt.

Numerus Clausus für ausländische Medizin-Studierende in Frankreich

Bukarest, 12. März. (JTA.) Das Dekanat der Bukarester medizinischen Fakultät hat gestern von der Pariser medizinischen Fakultät eine Zuschrift erhalten, in welcher es u. a. heißt:

Gegenwärtig studieren an der Pariser medizinischen Fakultät 511 rumänische Studenten. Von diesen beanspruchen 436 nach Absolvierung der Studien ein französisches Staatsdiplom zur Ausübung des Ärzteberufes. Dieser Zustand darf nicht mehr weiter andauern, denn von diesen Studenten beabsichtigen wenigstens 400 nach 5 Jahren sich in Frankreich zu installieren.

Wir sind daher gezwungen, Maßnahmen zu treffen, um den Zustrom zur medizinischen Fakultät seitens der Ausländer einzudämmen. Wir müssen zu dem Zwecke ein Gesetz schaffen, unter dessen Bestimmungen auch die rumänischen Studenten fallen werden. Wir würden sehr gerne die bisherige Bevorzugung der rumänischen Studenten weiter aufrechterhalten. Aber dies ist leider nicht möglich.

Wir haben diese 436 Studenten nach ihrer Herkunft klassifiziert und festgestellt, daß 20 Prozent derselben aus den neuen Provinzen stammen. 85 Prozent der Gesamtzahl dieser Studenten sind jüdischer Konfession.

Es ist uns mitgeteilt worden, daß ein Großteil dieser jüdischen Studenten keine rumänischen Staatsbürger sind, nicht das Wahlrecht besitzen und auch keinen Militärdienst geleistet haben. Ist dies richtig?

Wenn dem so ist, würde es uns sehr leicht fallen, den erwähnten Studenten die Inskribierung zu verweigern. Die rumänische Gesandtschaft in Paris hat uns diese Angaben nicht bestätigt.

Uns bleibt demnach kein anderer Ausweg übrig, als den Numerus clausus für jene ausländischen Studenten einzuführen, die ein französisches Staatsdiplom beanspruchen.

Nach Einführung dieser Maßnahme werden bloß 20 bis 30 rumänische Studenten an der Pariser medizinischen Fakultät aufgenommen werden.

Zwecks Auswahl dieser Studenten macht die Pariser medizinische Fakultät den Vorschlag, daß eine rumänisch-französische Kommission eingesetzt werde, die aus einem Vertreter der Pariser rumänischen Gesandtschaft sowie mehreren Professoren der Pariser und der Bukarester medizinischen Fakultät bestehen soll.

Diese Zuschrift ist vom Leiter der Pariser medizinischen Fakultät, Professor Balthazar, unterzeichnet.

Die Bukarester medizinische Fakultät übermittelte diese Zuschrift dem Unterrichtsminister Costachescu.

Der Unterrichtsminister erledigte diese Zuschrift in dem Sinne, daß der Numerus clausus-Vorschlag und die Einsetzung einer gemischten Kommission für die Auswahl der rumänischen Studenten akzeptiert werden.

Diese Maßnahme der Pariser medizinischen Fakultät hat in Kreisen der Eltern der betroffenen Studenten größte Bestürzung ausgelöst.

D'Avigdor Goldsmid tritt demnächst von der Leitung des Board of Deputies zurück

London, 9. März. (JTA.) In einer am 8. März abgehaltenen Sitzung der Anglo Jewish Association stellte der Präsident dieser Vereinigung Leonard G. Montefiore den Antrag, das Übereinkommen mit dem Board of Deputies bezüglich gemeinsamer Bildung des Joint Foreign Committee durch die beiden Organisationen auf weitere drei Jahre vom Mai 1931 angefangen zu verlängern. Bei dieser Gelegenheit gab Leonard G. Montefiore bekannt, daß der gegenwärtige Präsident des Board of Deputies O. E. d'Avigdor Goldsmid bei den in wenigen Wochen stattfindenden Neuwahlen des Präsidiums des Board nicht mehr zu kandidieren gedenke.

Zur Stellung der Religion im jüdischen Leben Palästinas

Jerusalem, 9. März. (JTA.) Chiefrabbi Kook veröffentlicht im „Doar Hayom“ eine Erklärung, in der er schärfstens gegen die „anmaßende Haltung“, die einzelne Mitglieder der jüdischen Nationalversammlung im Verlauf der letzten Tagung der Assefath Haniwcharim gegenüber der jüdischen Religion an den Tag gelegt haben, protestiert.

Der Chief Rabbi fordert, daß der Waad Leumi durch eigene Bestimmungen Vorsorge dafür treffe, daß derartige agressive Entgleisungen in Zukunft vermieden werden. Die dringendste Aufgabe sei es, sich auf solche Maßnahmen zu konzentrieren, „durch deren Anwendung wir mit vereinten Kräften die Krise überwinden und eine geschlossene Front bilden können“.

Der Protest Chief Rabbi Kooks richtet sich gegen gewisse Äußerungen der Vertreter der Arbeiterpartei Remez und Dr. Arlosoroff und deckt sich im wesentlichen mit einem noch während der Tagung der Assefah von den Vertretern des Misrachi erhobenen Protest.

Vorbeugungsmaßnahmen gegen religiöse Unruhen anläßlich der Ostern in Palästina

London, 10. März. (JTA.) Im Unterhaus stellte der der Arbeiterpartei angehörende Abg. von Acton G. F. Shillakor an die Regierung die Anfrage, ob sie ihre Aufmerksamkeit der Gefahr religiöser Unruhen in Jerusalem zur Osterzeit zugewendet habe, und welche Schritte sie zu unternehmen gedenke, um Aufruhr und Störungen der öffentlichen Ordnung zu verhindern.

Unterstaatssekretär Dr. Drummond Shiels erwiderte, das Kolonialamt habe sich mit dieser Frage nicht speziell befaßt, doch würden die lokalen Behörden alle erforderlichen Vorbeugungsmaßnahmen treffen.

Strafverfahren gegen den verantwortlichen Redakteur von „Felestin“ eingestellt

Jerusalem, 13. März. (JTA.) Das gegen den Herausgeber der arabischen Tageszeitung „Felestin“ Issa el Issa wegen Veröffentlichung einer Notiz, in der die Blutbeschuldigung gegen die Juden ausgesprochen wurde, eingeleitete Strafverfahren wurde eingestellt. Issa el Issa hatte sich damit verantwortet, daß er die Notiz vor ihrer Drucklegung nicht gelesen habe und daß die Veröffentlichung ohne böse Absicht erfolgt sei. Die Richtigkeit seiner Angaben wurde durch Zeugen bestätigt. Die Bekanntgabe der Einstellung des Verfahrens wurde von dem zahlreichen arabischen Auditorium mit Beifall aufgenommen. „Felestin“ bleibt bis auf weiteres verboten.

Wettbewerb für ein Verlagszeichen des Universitätsverlags

Jerusalem, 11. März. (JTA.) Der Verlag für die Herausgabe der Publikationen der Hebräischen Universität in Jerusalem hat ein Preisausschreiben erlassen, um Entwürfe für ein Verlagsabzeichen zu erlangen. An dem Wettbewerb können auch im Ausland wohnhafte Graphiker teilnehmen. Der Verlag (Jerusalem, P. O. B. 349), teilt auf Verlangen Einzelheiten der Ausschreibung mit.

Die Übertragung des palästinensischen Schulwerks an den Jischuw

Jerusalem, 12. März. (JTA.) Wie die Jüdische Telegraphen-Agentur erfährt, wird die Übergabe des hebräischen Schulwesens aus der Verwaltung der Jewish Agency in die des Jischuw etappenweise vorgenommen werden. Zunächst sollen die Kindergärten, womöglich schon zu Beginn des nächsten Schuljahres, der Verwaltung der lokalen Behörden unterstellt werden. Die gegenwärtige Subvention der Exekutive in der Höhe

von 70 000 Pfund läßt sich trotz der größeren Beteiligung des Jischuw an den Kosten des Schulwerks nicht herabsetzen, da die Ausgaben mit dem Wachstum des Jischuws gestiegen sind.

Ausgrabung von Altertümern

Jerusalem, 11. März. (JTA.) Bei den Reparaturen der Geburtskirche in Bethlehem sind Überreste historischer Bauten aus dem XII. Jahrhundert entdeckt worden. Die Ausgrabungen, die von Professor F. Garstang in Alt-Jericho durchgeführt werden, haben neue wertvolle Funde, darunter die Nachbildung eines Wolfkopfes in Elfenbein und tönerne Gefäße zu Tage gebracht. Auch die Ausgrabungen in Ramath Rachel, dem neuen Siedlungspunkte des Keren Hajessod südlich von Jerusalem, die unter Leitung von Dr. Maisler vor sich gehen, haben weiter interessante Ergebnisse gebracht. Außer den bereits gemeldeten Ossuarien sind wertvolle Keramiken, Krüge und die bei Gräberfunden im Orient häufig angetroffenen Glasfläschchen zu Tage gefördert worden. Die Funde werden zurzeit in einem Raum des neuen Siedlungsgebäudes aufbewahrt.

Feuilleton

Das jüdische Element in der deutschen Literatur der Gegenwart

Über dieses Thema sprach auf Einladung der Jesaia-Loge und des Jüdischen Jugendheims Dr. Ludwig Strauß aus Aachen, der als Dozent für Germanistik und als schaffender Dichter zur Behandlung dieser Frage in besonderem Maße berufen ist.

Der Redner begann seine Betrachtung bei dem entscheidenden Vorstoß gegen die klassisch-romantischen Formgesetze, den Naturalismus. Wenn diese Bewegung, welche die Wirklichkeit unmittelbar in der Dichtung nachschaffen wollte, sich auch der starken Förderung von Juden erfreute, so ist der Anteil jüdischer Dichter in dieser Epoche doch gering und von nicht entscheidender Bedeutung.

Erstrebte der Naturalismus eine Ausschaltung des subjektiven Elementes, so tritt dieses umso stärker in der dem Naturalismus folgenden und zu ihm in scharfem Gegensatz stehenden Dichtung hervor. Erst jetzt, in der sog. „Neuromantik" spielen Juden eine starke Rolle in der deutschen Literatur. Das Kennzeichen dieser Epoche ist ein melancholisch-müdes, teilnahmsloses Betrachten des Lebens, ein Bestaunen und Genießen seiner Vielfalt und Farbigkeit und die Unfähigkeit zur festen Bindung an Lebendiges, zur Entfaltung eigener kultureller Formen nach der Auflösung der klassisch-romantischen Tradition durch Naturalismus und Impressionismus. Dieses Schicksal der Zeit kulminiert im Juden; herausgerissen aus seiner eigenen Tradition, noch nicht verwurzelt im Boden der deutschen Kultur, verkörpert er am stärksten die Einsamkeit und Bindungslosigkeit dieser Epoche. So kommt es, daß ihre typischen Dichtungen von Juden stammen (Hofmannsthal, Schnitzler, Beer-Hoffmann).

Ebenso entscheidend ist der Anteil der Juden an der Dichtung des Expressionismus (Werfel!). An dessen Vorläufern, Mombert und Else Lasker-Schüler, versuchte Strauß zu zeigen, was er als das jüdische Element in der neueren Dichtung ansieht. Wurde im 1. Teil des Vortrags der besondere Anteil der Juden aus ihrer zeitlichen Situation heraus erklärt, so enthüllt sich bei diesen Dichtern, deren Sprache eine auffallende Verwandtschaft mit der biblischen Sprache zeigt, ein ursprüngliches, zeitlos-jüdisches Element. Im Anschluß an Bubers Definition des Orientalischen als des Motorischen gegenüber dem Abendländischen als des Sensorischen bezeichnet Strauß als charakteristisch für die Dichtung der Juden das Vorherrschen des zeitlichen vor dem räumlichen Element. Nicht das Wahrnehmen und Nachschaffen einer ruhenden, räumlich faßbaren Welt ist ihre Absicht, sondern das Empfinden und Wiedergeben des Fließenden, Zeitlichen, nicht im Bild, sondern im Wort und in der Musik Faßbaren. Das ist es, was den geringen Anteil der Juden am Naturalismus und ihre große Bedeutung für die Dichtung der Neuromantik und des Expressionismus erkläre und was einen Hofmannsthal, Beer-Hofmann, Moritz Heimann, Mombert von Dichtern wie Hauptmann, George, Stehr unterscheide.

Von diesem Gesichtspunkt aus muß es zunächst erstaunlich wirken, daß Juden auch in jener neuen Welle der Wirklichkeitsdichtung eine so große Rolle spielen, die dem Expressionismus folgt und im Gegensatz zu ihm die Wirklichkeit bejaht und sie, wenn auch in anderer Art als der Naturalismus, unmittelbar zu erfassen versucht. An der Erzählungsform von Wassermann und Döblin suchte Strauß nachzuweisen, daß auch innerhalb dieses „neuen Realismus" sich ein spezifischer Anteil der Juden im erläuterten Sinne feststellen läßt. Als Gegengewicht gegen den inhaltlichen Realismus ist äußerster Subjektivismus der Sprache zu beobachten, der sich in der Übersteigerung des Tempos, in der Auflösung der bildhaften Anschaulichkeit in dem rasenden Fluße der Erzählung äußert.

Zum Schluß gab der Redner eine treffende, den tiefsten Gehalt erfaßende Gegenüberstellung von Buber und Kafka. Während Buber in seinen Nachdichtungen chassidischer Legenden eine Welt der Offenbarung zeigt, baut Kafka in seinen Werken (übrigens mit einer in jüdischer Dichtung einzigartigen Konkretheit und Exaktheit) eine Welt der Offenbarungslosigkeit und Sinnlosigkeit auf, aber auch diese in einer ständigen Sehnsucht und Spannung nach der Offenbarung hin lebend.

Die geistreichen und in fesselnder Form vorgetragenen Ausführungen haben sicher allen Kennern moderner Literatur reiche Anregungen vermittelt. Ob allerdings der Versuch, die gesamte von Juden stammende neuere Dichtung unter einen gemeinsamen Nenner zu bringen, ganz gelungen ist, kann bezweifelt werden. Bubers Definition gehört gewiß zum Tiefsten, was über das jüdisch-orientalische Wesen gesagt worden ist; ihre Anwendung aber auf das moderne assimilierte Judentum ist nur in sehr beschränktem Maße möglich. Denn hier treffen und überschneiden sich so vielfache Einflüsse soziologischer und psychologischer Art, daß die einseitige Hervorhebung dieses einzelnen Faktors, des jüdischen Erbes, meist etwas Willkürliches und Konstruiertes an sich hat. Dieser Gefahr ist, bei aller Sachkenntnis und Zurückhaltung, vielleicht auch

Dr. Strauß nicht ganz entgangen. So konnte es nicht ausbleiben, daß man, so überzeugend die Charakteristik mancher jüdischer Dichter und ihrer Schöpfungen wirkte, bei der Deutung anderer nicht ganz befriedigt war. Solche Einwände aber müssen notwendigerweise jeden Versuch treffen, ein derart großes Gebiet unter einem gegebenen Gesichtspunkt zu betrachten. Obwohl also diese prinzipiellen Schwierigkeiten jede Darstellung des spezifisch jüdischen Anteils an der modernen Literatur von vornherein zu einem zweifelhaften Unternehmen machen, so kann die Auseinandersetzung mit solchen Versuchen doch nur von fruchtbarster Wirkung sein, wenn sie in so geistvoller und sachkundiger Weise unternommen werden, wie Dr. Strauß es getan hat. R. E.

Gemeinden- und Vereins-Echo

Die nächste Nummer

des Jüdischen Echos erscheint wegen der Feiertage als Doppelnummer in verstärktem Umfang Dienstag 31. März. Redaktionsschluß: Freitag, 27. März.

Noch einmal: Schalom Asch-Feier

Zur „Richtigstellung" des Perez-Vereins schreibt uns unser Referent:

Bei kühlerer und sachlicher Betrachtung meiner Besprechung wäre dem Perez Verein vielleicht aufgefallen, daß ich Schalom Asch weder lyrisches Temperament absprach, noch ihn (wie es der Festredner tat) in eine enge Literaturrichtung einreihte. Ich habe einzig die einseitige Klassifizierung Aschs als Romantiker und Lyriker als unsinnig abgelehnt, eine lyrische Erzählung macht den Autor noch nicht zum Lyriker. Asch hat sich zur Zeit der Entstehung des „Städtel" (um 1904) mit mehr oder weniger Erfolg in ziemlich allen Zweigen der Literatur versucht, ohne sich auf einen von ihnen festzulegen.

Die Werke, durch die Asch in Rußland, in Deutschland, in Amerika bekannt und berühmt wurde, sind aber jene Bücher, die er nach Kriegsausbruch in Amerika, Paris und Deutschland schrieb. Es sind das sehr realistische Schilderungen, historische Novellen und vor allem das große epische Werk „Sintflut". Diese ganze Schaffensperiode, vor allem die neueren Romane, hat der Festredner mit keinem Wort erwähnt, obwohl man sie, wenn man sie kennt, bei einer Würdigung der dichterischen Persönlichkeit Asch unmöglich übergehen kann.

Die Berichtigung macht sich die Sache leicht, indem sie einfach den Spieß umdreht und mir vorwirft, ich kenne eben Asch nicht. Hätten die Verfasser der „Richtigstellung" nicht nur die diversen Jubiläumsartikel über Asch, sondern auch Asch selber gründlich gelesen, so wären sie wohl mit ihrem Vorwurf vorsichtiger gewesen. Sie hätten dann vielleicht in Schalom Aschs Autobiographie jene Stelle entdeckt, wo es heißt: „... diese Form (er spricht von der Lyrik) war mir fremd und unbegreiflich."

Was meine Beherrschung der jiddischen Sprache anlangt, so stand nicht diese, sondern diejenige des Festredners zur Diskussion. Man kann über Sprachbeherrschung geteilter Meinung sein. Meine und die Meinung wohl sämtlicher Zuhörer, mit Ausnahme der Mitglieder des Vereins Perez vielleicht (was ich aber nicht ohne weiteres annehme) ist es jedenfalls, daß der Redner kein schönes, sondern ein hartes, unharmonisches, ausdrucksarmes Jiddisch sprach, das eine Qual für die Ohren war. Eben dadurch, daß ich die jiddische Sprache vor dem Festredner in Schutz nahm, habe ich wohl zur Genüge meinen Respekt vor ihr bewiesen.

Es handelt sich aber hier um einiges mehr als um eine mißglückte Festrede. Es handelt sich darum, daß ein Verein, der sich die Pflege jüdischer Kultur und Sprache zur Aufgabe gestellt hat, dieser Sache und sich selbst durch ungenügend vorbereitete öffentliche Veranstaltungen schadet, zu denen man gern und mit großen Hoffnungen hingeht und die man enttäuscht verläßt.

Wenn man bedenkt, welche großen Möglichkeiten ein jüdischer Kulturverein in München hat, so erscheint es unverzeihlich, wie wenig diese Möglichkeiten, die vor allem in dem ganz ausgezeichneten schauspielerischen Kräften des Perez Vereines liegen, genutzt werden. Wer die unzweifelhaft bühnenreifen Leistungen der Damen Sufrin und Ertischek und die verschiedenen hervorragenden Darstellungen von Vaterrollen durch Herrn Stechler gesehen hat, weiß, daß der Perez-Verein ruhig an die Aufführung guter und schwieriger Stücke gehen kann.

Dann werden wir mit Vergnügen nicht nur vor der jüdischen Kultur, sondern auch vor dem jüdischen Kulturverein den gewünschten Respekt empfinden. Ignaz Gidalewitsch.

Wir glauben, daß mit diesen Ausführungen unser Referent zur Genüge bewiesen hat, daß nur verletzte Eitelkeit ihm mangelnden Respekt vor dem jiddischen Dichter Asch oder vor der jiddischen Literatur vorwerfen kann. Die persönlichen Angriffe, die man gegen ihn erheben zu müssen glaubte, richten sich von selbst. Im übrigen muß allerdings zugegeben werden, daß ein bedauerlicher Druckfehler in der Besprechung einen ganz falschen Eindruck hervorrufen mußte. Es hieß im Manuskript, daß Herr Bronstein aus der an sich *tragischen* Gestalt des „Dowid" einen lächerlichen Schreier gemacht habe, im gedruckten Bericht dagegen ganz falsch, aus der an sich lächerlichen Gestalt. Die Herren des Perez Vereins konnten sich von dieser Tatsache selbst überzeugen. Mit den Darlegungen unseres Referenten schließen wir diese Debatte: wir werden indessen in einer der nächsten Nummern eine Würdigung des Werks und der Persönlichkeit Schalom Aschs bringen und unseren Lesern damit ein eigenes und unbefangenes Urteil ermöglichen.

Die Redaktion des Jüdischen Echos.

Redewettbewerb im Jungzionistischen Arbeitskreis. Einen neuartigen Versuch der Auseinandersetzung und Beteiligung möglichst zahlreicher Menschen an seiner Arbeit unternimmt der Jungzionistische Arbeitskreis mit der Veranstaltung eines Rede-Wettbewerbs. Die Beteiligung steht prinzipiell allen jüdischen Jugendlichen offen, da Referate von nur 5 bis 10 Minuten Dauer erwartet werden, sollte es wirklich Vielen leicht fallen, sich zum Wettbewerb anzumelden. Die gestellten Themata 1. Palästina im Jahre 1941, 2. Die deutschen Juden im Jahre 1941, 3. Die Weltjudenheit im Jahre 1941, erfordern zwar eine Kenntnis der Gegenwart, geben jedoch auch schöpferischer Phantasie Raum und sind deshalb, wie zu hoffen steht, jugendlicher Geisteshaltung angemessen.

Die Zionistische Ortsgruppe, Herzog-Rudolf-Straße 1, gibt gerne weitere Auskunft. Tel. 2 97 4 49.

Jüdisches Jugendheim. Im Rahmen der Abende des Jüdischen Jugendheimes spricht am Mittwoch, 25. März, abends 8.30 Uhr, Herr R.-A. Dr. Robert Beer über „Juristische Plaudereien. Ein Streifzug durch verschiedene Rechtsgebiete".

Am Donnerstag, 26. März, gibt im Rahmen der sozialen Arbeitsgemeinschaft Frl. Dora Fränkel einen Bericht über ihre Palästinareise mit besonderer Berücksichtigung der sozialen Probleme. Interessenten sind herzlich eingeladen.

Ein Gang durch die Geschichte der jüdischen Musik

Im Rahmen der Veranstaltungen der Jesaia-Loge spricht Frau Alice Jacob-Loewenson, die Berliner Musikkritikerin der „Jüdischen Rundschau", am Dienstag, dem 24. März, abends 8.30 Uhr: „Ein Gang durch die jüdische Musik von den Anfängen bis zur Gegenwart", unter Vorführung von Schallplatten und mit Illustrationen auf dem Klavier. Lokal der Concordia, Prannerstraße 4/0. Angehörige und Freunde der Jesaia-Loge sind herzlich willkommen.

Kulturverein J. L. Perez. Die Vorstandschaft des Kulturvereins J. L. Perez dankt auf diesem Wege allen Mitwirkenden bei der Schalom-Asch-Feier am 1. März; insbesondere dem Jüdischen Gesangverein unter Leitung seines verdienten Dirigenten, Herrn J. Ziegler, der Solistin Frau Sonja Ziegler, Herrn Bornstein (Berlin), Frau Ertischek, Frl. Manja Sufrin, Herrn Stechler und Abi Löwy. Die Dekorationen hat wie immer Herr Tobiasch in dankenswerter Weise gestellt.

Gesamtausschuß D. O. J. München. Die Verteilung zu Pesach findet diesen Sonntag, Montag und Dienstag von 3—4 Uhr in den Räumen der Talmud-Thora, Klenzestraße 34/II, statt.

Aus dem Münchener Bar-Kochba

Bar-Kochba, München. Unsere lieben Turnbrüder Leo und Jos. Gelbart wurden innerhalb ganz kurzer Zeit zum zweiten Male in tiefe Trauer versetzt. Wir sprechen auch an dieser Stelle unser herzlichstes Beileid aus und versichern ihnen unsere innigste Anteilnahme.

Großer Ski-Abfahrtslauf! Der Abfahrtslauf der Sportabteilung findet morgen vormittag statt. Die Teilnehmer treffen sich punkt 10 Uhr auf der unteren Fürstalm. Start ist am Stümpfling, das Ziel die Bayernhütte. Die Abfahrt geht über die Lyra, ist absolut einwandfrei und vermeidet jeden Ziehweg. Auch Anfänger können sich daran beteiligen. Für den Sieger der Herren- bezw. Damengruppe stehen schöne Preise zur Verfügung. Preisverteilung findet am nächsten Heimabend des Bar-Kochba statt.

Leichtathletik und Handball. Jeden Mittwoch, abends von 8 bis 10 Uhr, findet in der Halle des Sp.-V. Sendling, Plinganserstraße, das Training aller Aktiven statt. Die Sporthalle ist mit der Linie 16, Haltestelle Sendlinger Weinbauer, zu erreichen. — Durch die ungünstigen Platzverhältnisse wurden sämtliche Handballspiele vom Verbande abgesagt. Deshalb konnten auch bis jetzt keine Freundschaftsspiele ausgetragen werden. Wahrscheinlich wird in dieser Saison das Handballspiel nicht in dem Maße betrieben werden, wie es in den letzten Jahren der Fall war, da die nun beginnende Leichtathletiksaison mit vielen Wettkämpfen aufwartet. Der bald auszutragende Erstlingsneunkampf, der große Staffellauf Grünwald—München, die zur Punktwertung überaus wichtigen Vereins-Neunkämpfe und Jugend-Siebenkämpfe, bedürfen reichlicher Vorarbeit. Wir bitten daher unsere Leichtathleten, unbedingt jeden Mittwoch abends dem Training beizuwohnen, damit dieselben bei den jeweils nach dem Training stattfindenden kurzen Besprechungen anwesend sind. Heute schon bitten wir unsere Aktiven für die Anschaffung des Dreß Sorge zu tragen. Derselbe besteht aus weißer Hose, mit hellblauen Bändern umrandet, weißen, ärmellosen Trikot mit Mogen-Dowid auf der Brust.

Fußball. Der vorbereitende Ausschuß, der bis zur endgültigen Wahl der Vorstandschaft, die Geschäfte der neugegründeten Abteilung führt, hat die Gründungsversammlung für Montag, 23. ds., abends pünktlich um 8.30 Uhr, angesetzt mit folgender Tagesordnung:

1. Einleitende Worte des Vorsitzenden des Hauptvereins.
2. Wahl der Vorstandschaft.
3. Abteilungsangelegenheiten.
4. Fußballtechnische Angelegenheiten.
5. Diskussion und Anträge.

Die Sitzung findet im Lessingsaal des Jüdischen Jugendheimes, Herzog-Rudolf-Straße, Rückgeb., statt. Es wird pünktliches und bestimmtes Erscheinen erwartet.

Keren Kajemeth Lejisrael

Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442, Nürnberg 24565
Fernsprecher München 297449, Nürnberg 21912

Zentrale für Deutschland, Berlin W 15
Meinekestraße 10

Münchener Spendenausweis Nr. 22
vom 10. bis 17. März 1931.

Purimspenden: durch Frau Lustig: N. N. 20.—.

durch Herrn Fritz Rosenthal: Justizrat Dr. E. Fraenkel 5.— Dr. Schäler 5.—, N. N. 4.—, Hönig u. Eben 3.—, N. N. 3.—, Z. Kreschower 2.— = 22.—.

durch Herrn Siegfried Engelberg: Wilhelm Marx 3.—.

Goldenes Buch Dr. Max Mayer: Herr und Frau Justizrat Dr E. Fraenkel gratulieren herzlich zur Vermählung Neu-Schachno (unlieb verspätet) 2.—, N. N. 6.— = 8.—.

Büchsen, geleert durch Herrn Siegfried Engelberg: Max Landmann 5.—, Dr. Erich Feuchtwanger 5.—, Dr. Max Pereles 2.—, Max Ullmann 3.—, Dav. Spinner 1.50, S. Amanyi 1.15, S. Landauer 1.20, Dipl.-Ing. Engelberg 2.—, Justizrat Dr. Koblenzer 1.— = 21.85.

geleert durch Manfred Schönwetter: A. Strumpf 1.35, B. Holzapfel —.85, M. Weißbarth 1.—, L. Renkazishok —.26, S. Sachsenhaus 1.—, H. Pumpian 1.— = 5.44.

geleert durch Herrn Herm. Schröder: Rudolf Wengraf 5.70, Eugen Abeles 3.50, B. Faktorowitsch 2.25, Leib Feldherr 2.—, Jos. Berkowitsch 1.60 = 15.50.

Material: Max Landmann 2 N.-F.-Telegramme 2.—, Rudolf Wengraf 1 N.-F.-Telegramm 1.—.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1930: 3 756.90 RM.

Antonius-Wäscherei
Sommerstraße 60
Lindwurmstraße 97 *Telefon 44438*



Auch Sie brauchen Drucksachen

Briefbogen
Mitteilungen
Rechnungen
Geschäftskarten
Reklamezettel
Lieferscheine
und noch
manches andere

Sie werden
rasch, gut und preiswert
und mit grösster Sorgfalt auch bei kleinsten Aufträgen bedient von der

Buchdruckerei
B. Heller
Pliganserstr. 64
Telefon 73664-65

Welche Annehmlichkeit für die rituelle Küche – fleischig und milchig zu gebrauchen!
Diese große Erleichterung bieten Ihnen
TOMOR UND PALMIN KOSCHER
DIE KOSCHEREN PFLANZENFETTE

TOMOR כשר PALMIN
KOSCHER

die Mandelmilch-Margarine, hergestellt unter Aufsicht seiner Ehrwürden des Herrn Rabbiner Dr. Wolf.
Tomor hat den Vorteil, daß Sie es zu allen Speisen ohne Unterschied gebrauchen dürfen. Mit Tomor zubereitete Kuchen und Torten können unmittelbar nach jeder Mahlzeit gereicht werden. In Tomor haben Sie auch einen Brotaufstrich, den Sie unter Fleischbelag verwenden können.

das 100% naturreine Cocos-Speisefett.
Sein reiner Geschmack macht Palmin zum Kochen, Braten und Backen gleich gut geeignet. Es wird selbst vom empfindlichsten Magen mühelos verarbeitet und ist wohlbekömmlich. Und noch eine ausgezeichnete Eigenschaft: es ist nach Monaten genau so frisch wie am Einkauftage.

ÜBERRASCHEND AUSGIEBIG – DAHER SEHR SPARSAM
T.P.K. 1—92

KARL WIESEL und FRAU
danken herzlichst für die anläßlich der Barmizwah ihres Sohnes Julius erwiesene Aufmerksamkeit.
München, 28. Februar 1931
Promenadepl. 5

CAFÉ WINTERGARTEN
Inhaber: Franz Schnabel
Nachmittags Konzert ● Abends ununterbrochen Tanz ● 2 Kapellen ● Mäßige Preise ● Kein Weinzwang ● Kein Eintritt

Der Ratskeller
das Lokal jedes Einheimischen und Fremden. Neuer Pächter
HANS FÜRST

Gaststätten Preysing-Palais
Der vornehme Aufenthalt

MÜNCHENER FILMSPIELPLÄNE

PHÖBUS-PALAST
Der Liebesexpreß
mit DINA GRALLA und GG. ALEXANDER

LUITPOLD-LICHTSPIELE
GERDA MAURUS, WALTER RILLA in
Schachmatt

IMPERIAL-THEATER
Tänzerinnen f. Südamerika gesucht
mit DITA PARLO und HARRY FRANK

RATHAUS-LICHTSPIELE
RODA RODA und VLASTA BURIAN in
Er und seine Schwester

Was Du brauchst
kaufe bei
TIETZ
Der Name bürgt für zuverlässige
Qualitäten und billigste Preise
Tietz hat Alles!

Färberei J. Arnold
Chemische Waschanstalt

Bechhöfer's Kochwürste, Pfund RM. 1,80
unbegrenzt haltbar, hervorragend im Geschmack, leicht bekömmlich, sollten in keinem Haushalt fehlen. Ein Versuch führt zur dauernden Kundschaft
KARL BECHHÖFER
כשר Fleisch- und Wurstwaren כשר
Nürnberg, Breite Gasse 41, Gegründet 1888, Fernsprecher 27789

Neuwäscherei Phönix Stuttgart
Annahmestelle in München:
Carl Wollenberg, München, Sendlingerstrasse 39
Telephon 92329
Älteste u. grösste Wäscherei Süddeutschlands für Herrenstärkwäsche
(nur Kragen, Manschetten, Oberhemden) / Lieferung in 8 Tagen

DER JUNGE JUDE
ist die Zeitschrift der jungen jüdischen Generation Westeuropas. Er erscheint monatlich und bringt Beiträge über die Probleme der modernen Erziehung und alle andern Fragen der jüdischen und sozialistischen Bewegung.
Die Zeitschrift kostet 1/2 Jahr M. 3.—
Man fordere Prospekte von der Geschäftsstelle an.
DER JUNGE JUDE
Berlin W 15, Meineckestr. 10

SOEBEN ERSCHIENEN:
EREZ ISRAEL
STATISTISCHE BILDER VON
OTTE WALLISCH
MIT EINER EINLEITUNG VON
DR. J. ZIMAN
HERAUSGEGEBEN VOM HAUPTBÜRO DES
KEREN KAJEMETH
GEBUNDEN RM. 1.50.
Zu beziehen durch das Sekretariat des KKL, München, Herzog-Rudolf-Straße 1

Annahme von
kleinen Anzeigen
für
„Das Jüdische Echo" und die
„Bayerische Israelitische Gemeindezeitung"
auch
Ewer-Buchhandlung, Ottostraße 2
VERLAG B. HELLER, MÜNCHEN, PLINGANSERSTRASSE 64

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.